

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit,
Soziales und Angelegenheiten der
Vertriebenen und Flüchtlinge**Protokoll**

35. Sitzung (nicht öffentlich)

25. November 1987

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.00 bis 11.50 Uhr

Vorsitzender: Abg. Bräuer (SPD)

Stenograph: Schrader

Verhandlungspunkte und Beschlüsse

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Auf Bitten der SPD-Fraktion setzt der Ausschuß den Punkt "Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (Flüchtlingsaufnahmegesetz - FlÜAG)" - Drucksache 10/2149 (Neudruck) - einvernehmlich von der Tagesordnung ab.

- I. Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1988 (Haushaltsgesetz 1988)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 10/2250, 10/2530
Vorlagen 10/1185, 10/1195

Der Ausschuß behandelt noch einmal kurz die Titel 893 61 und 899 61 der Titelgruppe 61 in Kapitel 07 070, die in der letzten Sitzung bei der Einzelberatung eine Rolle gespielt haben (siehe dazu AP 10/742, Seite 31 f.) und stimmt dann über

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit,
Soziales und Angelegenheiten der
Vertriebenen und Flüchtlinge
35. Sitzung

25.11.1987
sr-ma

die von der SPD und der CDU eingebrachten Änderungsanträge ab (siehe dazu den Diskussionsteil dieses Protokolls, Seiten 1 bis 5 sowie die Vorlage 10/1314).

In der Schlußabstimmung zur zweiten Lesung stimmt er dem in seine Zuständigkeit fallenden Bereich des Einzelplans 07 unter der Maßgabe der Berücksichtigung der angenommenen Anträge (siehe dazu die Nummern 1, 2, 3, 5, 7 und 8 unter I im Diskussionsteil dieses Protokolls) mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. zu und bestimmt Abg. Bräuer zum Berichterstatter.

II. Einführung einer Mobilitätshilfe an Ausbildungsstellenbewerber

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 10/1642
Vorlagen 10/1068, 10/1233

Der Ausschuß lehnt den Antrag mit den Stimmen von SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der CDU ab und bestimmt Abg. Harbich zum Berichterstatter.

- - - - -

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit,
Soziales und Angelegenheiten der
Vertriebenen und Flüchtlinge
35. Sitzung

25.11.1987
sr-ma

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung setzt der Ausschuß auf Bitten der SPD-Fraktion den Punkt "Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (Flüchtlingsaufnahme-gesetz - FlÜAG)" - Drucksache 10/2149 (Neudruck) - einvernehmlich von der Tagesordnung ab.

Zur Begründung merkt Abg. Schmidt (SPD) an, der Meinungsbildungsprozeß zu diesem Thema sei innerhalb der SPD-Landtagsfraktion noch nicht abgeschlossen. - Der Vorsitzende teilt mit, die mitberatenden Ausschüsse - der Haushalts- und Finanzausschuß sowie der Ausschuß für Kommunalpolitik - hätten den Punkt ohnehin bis heute noch nicht behandelt; lediglich der Ausschuß für Innere Verwaltung habe beschlossen - so der Vorlage 10/1350 zu entnehmen -, sich an der Beratung nicht zu beteiligen.

Zu I. Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1988 (Haushaltsgesetz 1988)

Der Vorsitzende ruft noch einmal die Titel 893 61 und 899 61 der Titelgruppe 61 in Kapitel 07 070 auf und erinnert an die dazu in der letzten Sitzung geführte Diskussion (siehe APr 10/742, Seite 31 f.).

Staatssekretär Nelles (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales) erläutert, bekanntlich seien in der Titelgruppe 61 die gesetzlichen Ansprüche der Krankenhäuser auf Pauschalzahlungen verankert; alle Positionen seien gegenseitig deckungsfähig. Dem Wunsch des Abg. Arentz entsprechend, habe man die Ansätze der Titel 893 61 und 899 61 mit dem Ziel nachgerechnet, auch formal die Transparenz zu verbessern. Demnach könnten der Ansatz des Tit. 893 61 um 37,5 Millionen DM auf 335,5 Millionen DM erhöht und der Ansatz des Tit. 899 61 um den gleichen Betrag auf 110,6 Millionen DM vermindert werden.

Abg. Arentz (CDU) fragt, ob die entsprechenden Zahlen in den Ansätzen des laufenden Haushaltsplans die Ist-Zahlen seien und ob davon auszugehen sei, daß die Erhöhung bei den kommunalen Krankenhäusern in der Tat nur 2 % betrage.

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit,
Soziales und Angelegenheiten der
Vertriebenen und Flüchtlinge
35. Sitzung

25.11.1987
sr-ma

StS Nelles (MAGS) antwortet, die Ist-Zahlen lägen noch nicht vollständig vor. Die gerade von ihm genannten Zahlen habe man nach den neuen Formeln und nach der Zahl der vorhandenen Betten errechnet; sie spiegelten grob wider, wie es im Jahre 1988 sein solle. Bekanntlich seien nach dem neuen Krankenhausgesetz das Pauschal-system verändert und die Beträge erhöht worden, allerdings in unterschiedlichen Prozentsätzen für die verschiedenen Gruppen von Krankenhäusern. Von daher sei eine ganz präzise Kalkulation im Augenblick noch nicht möglich.

Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuß damit einverstanden sei, die vom Staatssekretär dargelegten Zahlen in Antragsform zu kleiden. - Der Ausschuß erhebt keine Einwendungen.

1. SPD und CDU stellen somit bei Abwesenheit des F.D.P.-Ausschuß-mitglieds (das wegen der gleichzeitig laufenden Ältesten-ratssitzung verhindert ist) den Antrag, den Ansatz des Tit. 893 61 - Zuschüsse an freie gemeinnützige Krankenhäuser - der Titelgruppe 61 - Pauschale Förderung der Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter nach § 10 KHG a. F. - in Kap. 07 070 - Krankenhausförderung - um 37,5 Millionen DM auf 335,5 Millionen DM zu erhöhen und den Ansatz des Tit. 899 61 - Zuweisungen an kommunale Krankenhäuser - um den gleichen Betrag auf 110,6 Millionen DM zu vermindern. - Der Antrag wird bei Abwesenheit des F.D.P.-Vertreters einstimmig angenommen.

Der Ausschuß tritt sodann in das Abstimmungsverfahren über die von SPD und CDU eingebrachten Änderungsanträge ein (Die F.D.P. stellt keine Änderungsanträge; siehe dazu die Erklärung des Abg. Dr. Schaumann auf Seite 5):

2. Der Antrag der SPD, bei Tit. 684 20 - Zuschüsse zur Unterstützung von Arbeitslosenzentren, -treffs und -initiativen zur Förderung der Hilfe zur Selbsthilfe beim Versuch der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt - in Kap. 07 020 - Allgemeine Bewilligungen - einen Haushaltsvermerk - "Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei den Titelgruppen 65, 70, 71, 72 und 73." - auszubringen, wird mit den Stimmen der SPD bei Stimmenthaltung von CDU und F.D.P. angenommen.
3. Der Antrag der SPD, bei der Titelgruppe 65 - Experimentelle Arbeitsmarktpolitik in NRW - in Kap. 07 020 einen zusätzlichen Haushaltsvermerk - "Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Tit. 684 20 und bei den Titelgruppen 70, 71, 72 und 73." - auszubringen und bei den entsprechenden Haushaltsvermerken der Titelgruppen 70 bis 73 jeweils die Zahl 65 zu ergänzen, wird mit den Stimmen der SPD bei Stimmenthaltung von CDU und F.D.P. angenommen.

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit,
Soziales und Angelegenheiten der
Vertriebenen und Flüchtlinge
35. Sitzung

25.11.1987
sr-ma

4. Der Antrag der CDU, den Ansatz der Titelgruppe 62 - Zuweisungen und Zuschüsse zur Förderung der Ausbildung in staatlich anerkannten Fachseminaren zur Altenpflege und für Familienpflege - in Kap. 07 040 - Altenhilfe und soziale Hilfen - um 5 Millionen DM zu erhöhen, wird mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der F.D.P. abgelehnt.
5. Der Antrag der SPD, den Ansatz der Titelgruppe 62 - s. o. - in Kap. 07 040 um 2,2 Millionen DM zu erhöhen, wird mit den Stimmen der SPD bei Stimmenthaltung von CDU und F.D.P. angenommen.
6. Der Antrag der CDU, den Ansatz der Titelgruppe 60 - Förderung von Investitionen von Krankenhäusern und mit diesen notwendigerweise verbundenen Ausbildungsstätten sowie gleichgestellten Einrichtungen nach dem Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (KHG a. F.) - in Kap. 07 070 - Krankenhausförderung - um 40 Millionen DM zu erhöhen sowie die Verpflichtungs-ermächtigungen um 200 Millionen DM anzuheben, wird mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der F.D.P. abgelehnt.
7. Die CDU beantragt, den Ansatz des Tit. 539 00 - Kulturelle Betreuungsmaßnahmen und sonstige Veranstaltungen für Bewohner der Durchgangswohnheime - in Kap. 07 510 - Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen - um 10 000 DM anzuheben.

Die Geringfügigkeit des Betrags und die Wichtigkeit der Problematik veranlassen Abg. Schmidt (SPD) zu der Frage an die Landesregierung, ob diese einen Deckungsvorschlag machen könne.

StS Nelles (MAGS) weist noch einmal darauf hin, daß eine solch geringfügige Ansatzverminderung bei der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs unter dem Zwang der Einhaltung von vorgegebenen Eckwerten zustande komme.

Der Regierungsvertreter schlägt vor, die Deckung des Betrags in Tit. 511 10 - Geschäftsbedarf - zu suchen. Unter Schwierigkeiten könnte man hier mit einem um 10 000 DM verminderten Ansatz wohl auskommen.

Die SPD schließt sich dem Antrag mit der Maßgabe an, daß der Ansatz des Tit. 511 10 - Geschäftsbedarf - in Kap. 07 510 zur Deckung des o. a. CDU-Antrags um 10 000 DM gekürzt wird.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.